

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weizen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Kernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postk.-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 128

Freitag den 6. Juni 1919

78. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Freitag den 6. Juni d. J. vormittags von 9—1 Uhr

werden im städtischen Verwaltungsgebäude — Zimmer Nr. 2 — folgende neuen Marken ausgegeben:

1. Brotmarkenhefte und Brotzuschlagsbogen für die Zeit vom 9. 6. bis 31. 8. 1919.
2. Landesfettkarten
3. Vollmilchkarten
4. Selbstverforgerdrotbogen für Juli und August.

Sämtliche Marken sind sofort nach Empfang nachzuzählen. Nachträgliche Einsprüche werden keinesfalls berücksichtigt. Jede Familie hat ihre Marken selbst abzuholen. Aushändigung an Kinder erfolgt nicht.

Wilsdruff, am 5. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Butterverkauf betr.

Um eine einheitliche Verteilung der Fettmittel zu erreichen, und um etwa sich notwendig machende Verteilung von Margarine, deren Eingang stets erst in den letzten Tagen der Woche zu erwarten ist, nicht dadurch unmöglich zu machen, daß ein Teil der Bewohner keine Fettration bereits in Besitz erhalten hat, wird hiermit angeordnet, daß der Butterverkauf in der Stadt Wilsdruff in Zukunft nur noch **Freitags und Sonnabends stattfinden darf**. An diese Tage sind sämtliche Butterverkaufsstellen (Händler und Butterfrauen), die Butter auf Kundenliste ausgeben, gebunden.

Wilsdruff, am 3. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Auf Delmarke für den Monat Juni werden am 6. u. 7. Juni im Konsumverein und bei Benzyl je **50 Gramm ausländisches Schmalz** (Kunstspeisefett) für 62 Pfg. abgegeben.

Wilsdruff, am 5. Juni 1919.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

Wegen Massenschutt auf der Kohlenstraße am 10., 11. und 12. Juni wird die Straße gesperrt, der Fußweg führt über Limbach verwiesen.

Viekenhain, am 4. Juni 1919.

Kirchner, Gemeindevorstand.

Holzversteigerung auf Tharandter Staatsforstrevier.

Im Gasthofs zur Lanne in Tharandt, Freitag den 13. Juni 1919 von vormittags 10 Uhr an: 102 h. u. 2108 w. Stämme, 86 h. u. 382 w. Klöße, 13 w. Verbstangen u. 5,5 rm st. Kuschelste; Kahlschläge Abt. 4, 12, 22, 35, 50 u. 51, Einzelhölzer in Abt. 8, 11, 28, 33 u. 37 des Tharandter Revierstückes u. Kahlschläge Abt. 64, 65 u. 79 des Döhleener Revierstückes.

4015

Forstrevierverwaltung und Forstrentamt Tharandt.

Grumbach.

Freitag den 6. Juni

Brot-, Vollmilch- und Butterkarten-Ausgabe

im Gemeindeamt, und zwar nur zu den nachstehend angegebenen Zeiten:

Hausnummern	1 bis 25	vormittags	8 bis 9 Uhr
" 26 "	50	"	9 " 10 "
" 51 "	75	"	10 " 11 "
" 76 "	100	"	11 " 12 "
" 101 "	125	nachmittags	2 " 3 "
" 126 "	151	"	3 " 4 "

Grumbach, am 5. Juni 1919.

Der Gemeindevorstand.

Resselsdorf.

Brotmarken-Ausgabe

erfolgt Freitag den 6. Juni 2 bis 4 Uhr nachmittags.

Resselsdorf, am 5. Juni 1919.

Der Gemeindevorstand.

Geringe Aussicht auf Verständigung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- In Bremen soll die Zulassung von Mädchen in allen Klassen höherer Knaben Schulen gestattet werden, vorausgesetzt entsprechende Vorbildung.
- Die Angestelltenverbände der bayerischen Metallindustrie haben beschlossen, in den Streik einzutreten.
- Die deutsch-österreichische Regierung stellt die Forderung von Fälligkeiten der alten Staatsschuld im Inlande ein.
- Nach Wiener Meldungen ist in der Tschechoslowakei die Wäterepublik ausgerufen worden.
- In Paris streiken über eine halbe Million Arbeiter und Angestellte. Die Stadt ist ohne Licht.
- Die holländische Regierung best. i. d. das Oberleutnant Vogel sich in Holland aufhält.
- In Portugal ist eine neue monarchistische Bewegung — besonders in der Gegend von Oporto — im Gange.
- Dänemark und Schweden haben sich geweigert, bei einer etwa erneuten Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

Das Nachwerk der Franzosen.

Man hätte von den Franzosen eigentlich mehr Geschicklichkeit erwarten können bei der Arrangierung des Sonderrats, mit dessen Hilfe sie am Rhein endlich zu ihrem geliebten Pufferstaat gelangen wollen. Sie haben sich sonst doch etwas besser auf solche Unternehmungen verstanden. Aber das ihre Hauptstücke bei der ganzen Aktion ein lausender Staatsanwalt aus Berlin ist, den bis dahin kein Mensch in Deutschland auch nur dem Namen nach gekannt hat, ein Mann zudem, an dessen normalem Verstand zu zweifeln mancherlei Veranlassung vorliegt. Das allein müßte schon genügen, um "seiner" rheinische Republik von vornherein der Lächerlichkeit auszuliefern. Es kommt hinzu, daß die Franzosen von ihren treuen Verbündeten in diesem Falle so ziemlich in Stich gelassen werden. Weder Engländer noch Amerikaner rühren in den zu ihrer Befugungsberechtigungen Teilen des neuen Staatswesens auch nur den Fein Finger, um die Bevölkerung der sogenannten Regierung des Herrn Dr. Dorten auszutreiben; sie lassen keine Plakate zwangsweise anhängen und verhindern die örtlichen Behörden nicht zu tun, was ihres Amtes ist, so daß in diesem Gebiete von der gewaltigen Ummwälzung von Mainz und Wiesbaden nicht mehr wahrgenommen wird als etwa in Berlin oder Breslau. Ein Hummel, der vielleicht einige Tage andauern wird; doch dürfte das Deutsche Reich darüber kaum zurande gehen.

Wie es scheint, beginnen denn auch die Franzosen bereits langsam einzulernen. Wenigstens haben sie hier und da die Arbeiter, die als Protest gegen die Art und Weise, wie ihnen eine neue Regierung ausgedient werden sollte, in den Streik eingetreten waren, wissen lassen, daß die Bevölkerung über die Gründung einer rheinischen Republik befragt werden solle; General Mangin sogar hat in eigenem Namen Plakate anbringen lassen, daß einem jeden durch allgemeine Volksabstimmung Gelegenheit gegeben werden solle, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Was auf solche französische Zusagen zu geben ist, weiß man freilich zur Genüge, und in jedem Falle bleibt es ein starkes Stück, einer Bevölkerung, deren staatsrechtlicher Wille über jedem Zweifel hinaus feststeht, erst noch die Zumutung zu stellen, daß sie durch eine besondere, unter den Augen des Feindes zu vollziehende Abstimmung sich darüber äußern solle, ob sie noch fernhin zu Deutschland gehören wolle oder nicht. Wer sich aber erst einmal auf den Boden dieser Abstimmung gestellt hat, der kann natürlich für den namenlosen Aufzug, der am Sonntag im Lande verbreitet wurde, von keiner Seite irgendwelchen Respekt in Anspruch nehmen; denn auch eine "vorläufige" Regierung hat ein irgendwie gearbetes Volk zur Voraussetzung, das sie beherrschen soll, während hier erst im Wege der Abstimmung Klarheit darüber beschafft werden soll, ob ein solches "rheinisches Volk" überhaupt vorhanden ist. Bis dahin bleiben die Gesetze und Einrichtungen des Reiches auch am Rhein unverändert in Kraft — trotz General Mangin, der den Hochverratsparagrafen des deutschen Strafgesetzbuches schlemmigt für aufgehoben erklärt hat. Reichsminister Erzberger hat in einer zweiten Protestnote für den Oberreichsanwalt in Leipzig volle Aktionsfreiheit zur Einleitung der ihm von der Regierung aufgetragenen strafrechtlichen Verfolgung der schuldigen Hochverräter gefordert — wir wollen sehen, ob Marschall Foch auch dieses Verlangen, unbekümmert um die Folgen, die sich daraus ergeben könnten, in seinen großen Papierkorb befördert wird. Sollte er sich, wie bisher fast immer, abweisend verhalten, dann werden wohl unmittelbar aus der Bevölkerung heraus diejenigen Mittel der Selbsthilfe zur Anwendung gebracht werden, die sich bereits in Speyer z. B. den nichtswürdigen Agenten der französischen Gewalttäter gegenüber ganz vortrefflich bewährt haben.

Mit denkbar größter Entschiedenheit hat am Dienstag die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung jeden ihrer Anhänger in Licht und Bann erklärt, der sich an diesem gewissenlosen Treiben auf Lösung von Gebietsteilen des Deutschen Reiches aus dem bisherigen verfassungs-

rechtlichen Bestände beteiligt. Es gibt keine Partei in Deutschland, die darüber anders denkt. Dieser Laftacke werden sich selbst die Franzosen zu beugen haben.

Protest in Versailles.

Wie die Franzosen am Rhein arbeiten. Die deutsche Regierung läßt durch die Berliner Delegation eine Protestnote an die Ententeregierungen überreichen, die sich auf die Umtriebe im Rheinlande und auf die Ausrufung der rheinischen Republik bezieht. Die Note enthält die Anfrage, auf Grund welcher Willensfindung des rheinischen Volkes die Entente die neue Republik anerkennen und mit ihr verhandeln will, zumal die Entente oft nachdrücklich erklärt hat, daß sie nur demokratische, vom Volk in freier Wahl eingeleitete Regierungen anerkennen könne.

Das Zentrum gegen Lösungsbestrebungen.

Die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung hat einstimmig eine Erklärung angenommen, in der es u. a. heißt: Es gibt zurzeit kein größeres Verbrechen am deutschen Volk, als durch Unterföhrung und unter Mitwirkung des Feindes auf die Trennung von Landes-teilen vom Ganzen hinzuarbeiten. Die Zentrumspartei weist durch ihre berufenen Vertreter alle diese vaterlandsfeindlichen Bestrebungen mit größter Entschiedenheit zurück. Sie sieht jeden, der sich an solchen Bestrebungen beteiligt, als außerhalb der Partei stehend an.

Die Franzosen im Saargebiet.

Wie sehr sich die Franzosen im Saargebiet bereits als Herren fühlen, zeigt folgender Vorkall: Vor kurzem fand in Saarbrücken eine Zusammenkunft evangelischer Pfarrer statt. In dieser Versammlung, an welcher auch der französische Deservert für geistliche Angelegenheiten teilnahm, wies die Pfarrer auf die Notwendigkeit hin, auch mit der Kirche des rechtsrheinischen Gebietes in ständiger Fühlung zu bleiben. Der französische Vertreter sagte darauf: Die Brücken über den Rhein sind für allemal abgebrochen, und es kann unter keinen Umständen gebildet werden, daß die jungen Theologen des Saargebietes zum Studium über den Rhein gingen. Der französische Vertreter ließ keinerlei Zweifel darüber, daß in Zukunft nur französisch gesinnte Pfarrer aus Elsass-Lothringen nach dem Saargebiet kommen sollen. — So versuchen die Franzosen also in jeder Weise auch durch die geistlichen Organe die Bevölkerung zu beeinflussen. In der ganzen Platz läßt die französische Regierung

...genen herumtreten, die bei den Einwohnern, besonders bei der Landbevölkerung, für die Neutralität und Selbstständigkeit der Republik Blatz Propaganda machen.

Drohungen des Generals Mangin.

In Mainz hat der französische Oberbefehlshaber General Mangin einen Erlass veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Die Behörden der rheinischen Republik, die eine große Stimmenmehrheit in der Bevölkerung für sich haben, distanzieren seit einem halben Jahre über die Interessen ihres Vaterlandes, ohne die allgemeine Ordnung zu fördern. Die deutsche Regierung hat sie mit Sachverständigen und Festungskräften bedroht. Dann haben sie die Republik im Verande des Deutschen Reiches errichtet und die Erlaubnis zur Vornahme von Wahlen nachgehakt, die dem rheinischen Volk erteilt werden sollen, seinen Willen kund zu tun. Nichts aus ihren Erklärungen kann zum Vorwande für Kundgebungen dienen, die die allgemeine Ordnung und das wirtschaftliche Leben fördern, und die ich nicht dulden kann. Die Führer entgegengesetzter Kundgebungen werden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden.

Gegen das Vorgehen des Generals Mangin ist der Waffenstillstandskommission in Spa eine Protestnote überreicht worden.

Französische Bestechungsgelder.

Nach Meldungen aus Ludwigshafen hat die französische Regierung für Werbezwecke im besetzten Rheinland und der Pfalz bedeutende Summen ausgeworfen. Man besiffert den Geheimfonds, der für Propagandazwecke bewilligt wurde, auf über 10 Millionen Frank. Es steht außer Zweifel, daß eine Anzahl jener deutschen Staatsangehörigen, die in Landau, Mainz, Köln und Wiesbaden sich zu den hochverräterischen Handlungen hergegeben haben, von den Franzosen bestochen wurden.

Sturmzeichen in Baden.

— Kommunistische Bühlarbeit. —

In Baden herrscht gegenwärtig Ruhe, aber es ist die Ruhe vor dem Sturm, und politisch weitblickende Männer sehen deutlich, was sich unter dem Rahmentischen verbirgt. Die Kommunisten holen zum letzten großen Schläge aus, der die „Entscheidung“ herbeiführen, d. h. der deutschen Räterepublik den Weg ebnen soll. Der beste Anlaß scheint ihnen die Friedensfrage zu sein. Die nahe Gefahr einer Besetzung des badischen Landes durch Entente-Truppen hat die Gemüter im ehemaligen „Mutterlande“ weit mehr beunruhigt als sonstwo im Reich. Zweifelloß absichtlich unter das Volk getriebene Gerüchte von Beschleungen, Mißhandlungen und besonders vom Einmarsch schwarzer Fremdböller ängstigen und erregen das Volk noch mehr, und diese Gemütsregung wird für Agitationszwecke ausgenützt. An den verschiedensten größeren Orten hat die Agitation bereits eingesetzt. In Mannheim, in Heidelberg, in Karlsruhe, in Freiburg, in Konstanz — überall fanden große Versammlungen statt, die in den beiden Universitätsstädten besonders auf die Studentenschaft gewirkt haben sollen. Es bilden sich überall im Lande kommunistische Ortsgruppen, die alle ihrerseits wieder eine rege Agitation durch öffentliche Reden, Versammlungen und Verbreitung aufwieglicher Flugblätter betreiben. In erster Linie gilt der Kampf der badischen Volksregierung, die einer Räteregierung Platz machen soll. Die Regierung läßt natürlich die Wahl- und Deputierten der Kommunisten nicht unbeachtet, und man darf überzeugt sein, daß man sie am Tage der Entscheidung gerüstet finden wird.

Der Streit um die Schuldfrage.

Eine Erklärung Bethmann Hollwegs.

In einem offenen Briefe an die Kommission der Friedensdelegation, die die Verantwortlichkeit am Kriege behandelt, wendet sich der frühere Reichkanzler v. Bethmann Hollweg gegen einige Ausführungen in der von der Kommission in Versailles überreichten Denkschrift. In dem Briefe heißt es u. a.:

Unter Nummer vier stellt das Gutachten die Behauptung auf, „es würde von einschneidender Wichtigkeit gewesen sein, wenn sofort nach Eintreffen der serbischen Antwortnote am 27. Juli das Wiener Kabinett von unvorderrussischen Maßnahmen abgehalten worden wäre und die Berliner Regierung schon an diesem Tage den Eindruck gewonnen hätte, daß Serbien weit entgegengekommen war.“ Unter Nummer sechs wird an einen erneuten Tadel, daß das Berliner Telegramm vom 28. Juli nicht bereits am 27. Juli abge-

lassen worden sei, die Bemerkung geknüpft: „Ob freilich bei einem schnelleren Verfahren ein Weltkrieg vermieden worden wäre, ist nicht sicher.“

Das sind offenbar Widerworte. Dabei lasse ich dahingestellt, ob tatsächlich ein vermeintlicher Zeitverlust eingetreten ist. Diesen Punkt vermag ich nunzeitlich nicht nachzuprüfen.

Unter Nummer sechs führt die Denkschrift denn auch unter Hinweis auf eine fast ausschließliche internationale Lage aus, daß Mangel an staatsmännlicher Kunst und Entschlußkraft in meiner Person das Gelingen des von mir betriebenen Ausgleichs verhindert hätte, und später bezeichnet das Gutachten es als ein durch Fehler unserer politischen Leitung herbeigeführtes schweres Mißgeschick Deutschlands, daß es durch den unvermeidbaren Gegensatz gegen den Bolschewismus auch mit Ländern in Gegensatz und schließlich in kriegerische Verbindungen geriet, denen es durch starke Gemeinschaft geistiger Interessen verbunden war, und mit welchen noch der in dem Gutachten vertretenen Überzeugung eine Verhandlung möglich war. Aber auch hier bewegt sich das Gutachten in Widerwörtern.

Zum Schluß erklärt Herr v. Bethmann Hollweg, daß die deutsche Denkschrift es in Zweifel lasse, ob die englische Regierung zur aufrichtigen Verständigung mit uns bereit war. Stellt sich aber die Denkschrift auf diesen Standpunkt, so will es mir unbillig und unredigiert erscheinen, daß sie einseitig und unter scharfer Inquisition persönliche Unvollkommenheiten für das Ausbleiben einer Verständigung mit England und Frankreich und damit für Mißerfolge ausschlaggebend macht, die nach ihrer eigenen Darstellung in der fast völligen Ausschließlichkeit der überkommenen internationalen Lage und in mangelnder oder unsicherer Bereitschaft der Gegenseite ihren vornehmsten Grund haben. Was nach meiner Auffassung tatsächlich die Zusammenhänge gewesen sind, habe ich in einer Denkschrift ausgeführt, die in kürzester Frist an die Öffentlichkeit gelangt.

Geringe Aussicht auf Verständigung.

Keine wesentlichen Zugeständnisse.

Die neuesten Nachrichten über die Verhandlungen im Rat der Vier lassen noch immer nicht erkennen, ob und wie weit man den deutschen Forderungen der Gegenpartei entgegenkommen bereit ist. Es hat indes nicht den Anschein, daß man in den wirtschaftlichen Fragen wesentliche Zugeständnisse treffen wird. In unrichtigten Kreisen glaubt man nicht, daß Wilson und Lloyd George von den Grundlinien des Vertragsentwurfs abgehen und Zugeständnisse machen werden, die Deutschland einen halbwegs erträglichen Frieden schaffen würden. Auch die in Berlin aus Versailles eingehenden amtlichen Mitteilungen sollen wenig zureichend lauten und geringe Aussicht auf eine Verständigung mit den Gegnern eröffnen.

Die uneinige Delegation.

Nach einer Neuentdeckung besteht in der englischen Delegation völlige Einigkeit darüber, daß wesentliche Vertragsänderungen nicht vorgenommen werden sollen. Auch Präsident Wilson soll angeblich dafür sein, nunmehr schnellstens ohne weitere Verhandlungen die Unterzeichnung des Friedens zu verlangen. — Aus anderer Quelle wird indes bekannt, daß die Mehrheit des britischen Kabinetts sich für ernsthafte Zugeständnisse mindestens in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht einsetzt, während es für Lloyd George angesichts der Bercepörungen, die er in seiner Wahlrede gemacht hat, schwierig ist, solche Zugeständnisse zu vertreten. „Daily Mail“ erklärt, daß die Behauptung, es lägen nur unwesentliche Einzelheiten des Vertrages für eine Abänderung in Betracht, unbegründet sei.

Oberschlesien oder Ostafrika?

Pariser Blätter berichten, daß die Antwort der Entente an Deutschland Ende dieser Woche zu erwarten sei und daß die deutschen Gegenvorschläge zurückgewiesen werden dürften. In der Antwortnote wird den Deutschen eine letzte Frist von 3 bis 4 Tagen gestellt werden. Englands Rechtfertigung, die deutschen Kolonien zu behalten, wird wahrscheinlich von neuem besprochen werden. Gegenüber dem Vorschlag Lloyd Georges, Oberschlesien bei Deutschland zu lassen, um Deutschlands wirtschaftlichen Zustand zu erleichtern, haben die amerikanischen Sachverständigen bei Wilson davon gedrungen, daß Polen Oberschlesien erhält, daß aber Deutschland statt England das Mandat für Deutsch-Ostafrika zugeworfen werde.

Aufhebung der Blockade Anfang Juli?

„Manchester Guardian“ zufolge erhielt der englische Reedereiverband die vertrauliche Mitteilung von my-

gebender Seite, daß mit der Freigabe des internationalen Handels und mit der Aufhebung der Blockade gegen Deutschland bestimmt für den 1. bis 10. Juli zu rechnen sei.

Generalfreist in Paris.

Sympathieundgebung für die Bolschewisten.

Im Laufe des Dienstag hat der Streik in Paris in ganz bedeutender Ausdehnung zugenommen. Sämtliche Straßenbahnen, Untergrundbahnen, Omnibuslinien sind eingestellt. Die Angestellten der Warenhäuser, der amtlichen Telephonzentralen, der Summi-Fabriken, der gesamten Automobil-Industrie, der Verleugungsämter, der Parfümerie, Kartomage- und Telephon-Fabriken sind in den Ausstand getreten. Der Draht Verailles-Paris ist dadurch beeinträchtigt, daß die Streikenden die Stromleitungen abgebrochen haben. Ganz Paris ist ohne Licht. Die Zahl der Streikenden hat eine halbe Million überschritten. Nach und nach greift die Streikbewegung auch auf die Provinz über.

Politische Ziele der Bewegung.

Die Bewegung hatte anfangs einen rein gewerkschaftlichen Charakter, verlangt vor allen Dingen Lohn-erhöhungen entsprechend den gestiegenen Lebensmittelpreisen. Jetzt aber verfolgt sie auch politische Ziele, und zwar wird sofort jede Einstellung der Dämpfung des Bolschewismus in Rußland und Ungarn, die Gewährung eines Rechtsfriedens an Deutschland und Österreich, die Aufhebung der Blockade und die sofortige Entlassung der Kriegsgefangenen gefordert.

„Aufruf zur Tat.“

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Frankreichs veröffentlicht in der „Humanité“ einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, in dem er aufs energischste gegen die Intervention in Rußland und Ungarn Einspruch erhebt. Die Arbeiterrevolutionen in Europa dürften nicht niedergezwungen werden. Der Aufruf fährt fort: Die sozialistische Partei ruft Euch heute zur Tat. In England droht der Dreikund der Arbeiter die Arbeit einzustellen, wenn er nicht die sofortige Zurücknahme aller Truppen aus Rußland erwirkt. Die italienische sozialistische Partei schlägt unseren drei Proletariaten eine Massenaktion vor. Es handelt sich hier nicht um leere Drohungen. Saitet Euch bereit, den Aufruf Eurer Klassenorganisationen zu beantworten. Bervielfacht Eure Propaganda, verbreitet unsere Flugblätter und Setzungen. Kommt zu unseren Versammlungen. Laßt den Protest des Volkes immer wieder hören. Volk Frankreichs, mache Dich durch Deine Schwäche und Deine Untätigkeit nicht zum Spießgesellen des Nordes!

Internationaler Generalfreist?

Aus Mailand bringt der sozialistische „Popolar“ die Nachricht, daß englische, französische und italienische Sozialisten auf ihren Konferenzen beschlossen haben, einen internationalen Generalfreist zu initiieren und dem russischen Bolschewismus ihre Sympathien ausdrücken.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

- + Ein neues Postmonopol. Die aus unerschöpflicher Quelle verflaut, beschäftigt die Reichssozialverwaltung, die Bestellung von Tageszeitungen außerhalb ihres Erscheinungsortes zu monopolisieren. Zu diesem Zwecke soll der Nationalversammlung ein entsprechendes Gesetz vorgelegt werden. Dieses Gesetz würde ein Ende des privaten Zeitungsbestellgeschäftes bedeuten und auch den Zeitungen das Recht nehmen, außerhalb ihres Erscheinungsortes eigene Bestellungen ihrer Zeitungen an ihre Verleger vorzunehmen.
- + Schleswig protestiert gegen eine Abstimmung. Der Kreisrat von Schleswig hat folgende Entschliessung angenommen: Der in der Stadt Schleswig verammelte Kreisrat des Kreises Schleswig steht geschlossen hinter der jetzigen Regierung, bekennt einmüßig, daß der Kreis Schleswig ferndeutsches ist und bleiben will, und protestiert dagegen, daß den Bewohnern des Kreises zugemutet wird, ihr Deutschtum noch durch eine Abstimmung zu bekräftigen.
- + Polnische Rüstungen gegen Oberschlesien. Von der ober-schlesischen Grenze liegen neue Meldungen über polnische Kriegsvorbereitungen vor. Danach werden an den Grenzübergängen Maschinengewehre eingebaut. Große

Die Polarhexe.

Roman aus Spitzbergen. Von Anny Wothe.

Über Maad lächelte ihr so dankbar und zärtlich zu, und Christabels Hand kofend gegen ihre braune Wange ziehend, hat die Kleine:

„Maad nun sehr müde ist. Maad will nicht mehr tanzen. Maad will schöne Kleider nicht mehr tragen.“ und dabei sahen ihre Augen, von Tränen schwer, finster auf den Leutnant von Ofen, der sich fortgesetzt in tiefen Verbeugungen erging und sie durchaus zu einem Tanz mit ihm bewegen wollte. Erst auf einen Wink Christabels ließ er von Maad ab.

„Geh schlafen, Maad.“ nickte ihr Christabel zu, „ich komm noch einmal zu dir.“

Maad verschwand zum allgemeinen Bedauern sehr eilig. Christabel war die Lust zum Tanzen nun auch vergangen, denn ihr Mann war, gleich nachdem Maad davongegangen, heftig auf sie zugezogen und hatte ihr erregt zugestimmt:

„Ich finde es unerhört, daß du das arme Geschöpf hier so den Blicken der Männer preisgibst.“

Christabel sah tief erschrocken zu ihrem Mann auf. So also faßte er ihre Güte zu Maad auf, so ihr Bestreben, Maad zu ihrer Lebenssphäre emporzuheben?

Christabel antwortete keinen Laut. Sie wandte sich nur kurz und trat aus dem Kreis des improvisierten Tanzplatzes hart an die Kelling. Da stand sie nun mit verweinten Augen und starrte bei dem hellen Sonnenlicht der Nacht weit über das Eismeer, dessen schwarzblaue Wogen sich tosend an dem Bug des Schiffes brachen.

In dem Zell aber tanzten nach dem Grammophon die Männer unter sich. Vergänglich wie die Kinder drehen sich die ersten Gelehrten im Tanz. Der Regierungsrat mit dem Prinzen, der Maler mit dem Geologen und der Schiffsarzt mit dem Kapitän.

Draußen in der Ecke tanzten die Matrosen mit dem

fangmann und Eislösen, und auf der Brücke wiegte sich sogar der erste Offizier, der die Wache hatte, vergnüglich im Takt bei den lustigen Wellen, die ihm vom Achterdeck emporschnallen.

Nur einer tanzte nicht außer Wils Herwegen, Ekke Sörnsen. Auch vordem nicht, als all die andern mit Christabel getanzt. Jetzt aber trat er, als sie so versunken, leicht nach vorn übergebogen, an der Kelling auf die dunklen Wellen wie wellenverloren starrte, zu ihr heran und sagte ernst:

„Sie dürften nicht alles so schwer nehmen, Verehrteste. Experimentieren mit solchen Geschöpfen wie die kleine, braune Heze sind immer gefährlich. Am besten ist es, man läßt so was in der Sphäre, in die es hinein gehört.“

Christabel wandte langsam ihr Haupt, das von einem weißen Schleier umwunden war, Ekke Sörnsen zu.

„Ich liebe Maad.“ antwortete sie mit Nachdruck. „Sie hat meinem Mann einst das Leben gerettet, und sie hat niemand auf der weiten Welt, der sich ihrer annimmt. Da sind wir doch die Nächsten dazu.“

„Zugegeben, gnädige Frau, aber muß das sein, daß Sie Maad zu einem gestifteten und gebildeten Menschen erziehen wollen?“

„Ja, aber, bester Doktor, ich kann sie doch nicht noch mehr verwirren lassen.“

Ekke Sörnsen schüttelte mißbilligend sein blondes Haupt.

„Sie binden sich ja selber eine Rute, Frau von Herwegen.“ warnte er mit halb abgewandtem Antlitz.

Und Christabel empfand plötzlich mit wild aufquellendem Weh: Ekke Sörnsen mußte so gut, wie sie es wußte, daß dieses Mädchen eine Gefahr für sie war — eine Gefahr für ihr Glück.

Nun hätte nur noch gefehlt, daß er sie mit so mißleidigen, tiefen Augen angesehen hätte, wie er es oft heimlich tat — dann wäre sie — das fühlte Christabel — ganz fertig gewesen.

Aber der Norweger sah sie nicht an. Sein Blick hing an der leuchtenden Mitternachtssonne, die über das weite Meer hinstrahlte, als hätte sich flüssiges Gold darüber ergossen.

„Niemand weiß“, antwortete Christabel leise, „ob das, was er aus innerstem Herzensbedürfnis heraus tut, auch das Rechte ist. Das Bewußtsein, das Gute gewollt zu haben, muß uns eben über alle Mißerfolge trösten.“

Jetzt wandte sich das energische Männerantlitz ihr voll zu.

„Ich sinne immer wieder darüber nach“, sagte er, „und ein ganz eigener, weicher Herzensston zillerte in seiner Stimme, „warum eigentlich die Frauen, wenn sie lieben, so oft bis zur Selbstverleugung nachgiebig sind.“

Christabels Herz schlug plötzlich wieder wie bei einem Kinde, das man auf einer Sünde erwischt hat. Warum mußte sie diesem fremden Mann, der so groß, so sicher, ein Bild männlicher Kraft, festen Willens voll, vor ihr stand, so viel von ihrem innersten Menschen enthüllen?

„Es gibt keine Nachgiebigkeit“, antwortete sie zögernd, „es ist auch keine Treue im eigentlichen Sinne, sondern einzig die Liebe, die alles verzeihend liebt, die nicht wagt, und die, selbst wenn sie zertrümmert wird, doch immer nicht lassen will. Der Mann zerbricht selbst, die Frau wird zerbrochen.“

„Aber es gibt Frauen, hohe, starkherzige Frauen, und es hat immer solche gegeben, die sich nicht zerbrechen lassen, die sich gegen die rohe, brutale Gewalt des Mannes auflehnen, und deren Liebe auch groß und stark war.“

„Vielleicht gab es für sie keine Pflichten, die sie festhielten. Vielleicht hatten sie kein Kind.“

Ekke Sörnsen sah lange mit seinen unergründlichen Augen in das stille, fast verklärte Antlitz der jungen Frau, das sie jetzt leicht gesenkt hielt.

Er sagte kein Wort, so daß Christabel, bestrebt über sein langes Schweigen, plötzlich zu ihm aufsaß.

„Was dachten Sie eben, Doktor?“ fragte sie bellommen. „Ich dachte“, drängte es sich zögernd von seinen Lippen, „daß es dem Manne nicht ansteht zu kritisieren und zu deuteln, wenn die Mutter in der Frau spricht.“

(Fortsetzung folgt.)

Teile der Hallerischen Armee sind an der Grenze Oberschlesiens zusammengezogen. Bei Sosnowice sind schwarze Truppen in kanadischer Uniform festgestellt worden. Über das Verhalten der Hallerischen Soldaten gegen die polnische Bevölkerung wird nach Berichten von jenseits der Grenze lebhaft geklagt. An der oberösterreichisch-polnischen Front mehrten sich die Grenzauwischensfälle. Die Lage ist infolge dessen seit den letzten Tagen ernster denn je. Insbesondere wird Oberschlesien bis weit in das Land hinein von polnischen Fliegern, die Erkundungsfahrten unternehmen, überfliegen.

Deutsch-Osterreich.

Der Eindruck der Friedensbedingungen war im ganzen Lande niederschmetternd. Man befürchtet, daß die noch zu erwartenden finanziellen Bedingungen noch schwerer sein werden. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß gleich der deutschen auch die österreichische Delegation Gegenwortschläge und damit den Versuch machen wird, zu erträglichen Bedingungen zu kommen. In der vorliegenden Form wird der Friede allgemein als unannehmbar, als ein Denkers-Friede bezeichnet.

Schweiz.

Deutsch-Schweizer Wirtschaftsabkommen. Das neue Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland ist nunmehr abgeschlossen worden. Es soll voraussichtlich in der nächsten Woche veröffentlicht werden. Das Abkommen ist auf eine Dauer von sechs Monaten abgeschlossen und kann jederzeit mit einmonatiger Frist gekündigt werden. Deutschland liefert der Schweiz u. a. monatlich 50 000 bis 60 000 Tonnen Ruhrkohle, 250 Waggons Kalkfalsche und 125 Waggons Thomafalsche zu. Die Gegenlieferungen der Schweiz bestehen hauptsächlich in Lebensmittel.

Großbritannien.

Die irische Arbeiterbewegung. Bei einer Zusammenkunft verschiedener Parlamentsmitglieder in Irland erhaltete eine Deputation aus Irland einen Bericht. Sie erklärte, daß die sogenannte Arbeiterbewegung in Irland nichts anderes sei als ein Zweig des internationalen Bolschewismus. Sir Edward Carson, der im Anschluß an die Deputation sprach, erklärte, daß die Deputation die Lage in Irland nicht dunkel genug geschildert habe, es drohe in der Tat die ernsteste Gefahr.

Ruß und Fern.

Soldatenräte können keine Aufträge erteilen. Geschäftsleute und Handwerker klagen Forderungen, die sie gegen militärische Dienststellen geltend machen, mitunter voraus, daß ihnen Aufträge von den Soldatenräten der betreffenden Dienststellen erteilt worden seien. Dazu wird amtlich mitgeteilt: Die Tatsache, daß die Soldatenräte keinerlei Befugnisse ausüben dürfen, aus denen sich Rechtsverbindlichkeiten für den Zivillisten ergeben könnten, muß daher im allgemeinen Interesse in den weitesten Kreisen Verbreitung finden. Die Soldatenräte sind militärischen Dienststellen angegliedert. Ihre Vertretung nach außen erfolgt daher lediglich durch diese.

Keine Brotsendungen an Kriegsgefangene in Frankreich. Die Angehörigen Kriegsgefangener in Frankreich senden diesen noch häufig Brot. Es wird darauf hingewiesen, daß Brotsendungen nicht gestattet sind; nur Zwieback und Kuchen sind zugelassen. Trotz des Verbotes eingehende Brotsendungen werden der Gefangenenliste überwiesen, kommen also den einzelnen Empfängern nicht zugute.

Aufenthaltsbeschränkung. Die Kreisverwaltungen des Rhöngebietes haben für alle Bäder und Sommerfrischen vierwöchige Aufenthaltsbeschränkungen angeordnet.

Übermüdigter französischer Offizier erschlagen. Ein französischer Offizier in Viehdiebstahl einen Straßenzugführer, der auf sein Geheiß nicht halten wollte, mit der Reitpeitsche. Der Führer verlegte dem Offizier mit der Fahrturbel einen so heftigen Schlag auf den Schädel, daß der Offizier sofort tot zusammenbrach. Dem Mörder, dem infolge der drohenden Haltung des Publikums die französische Soldaten nicht auf der Stelle zu verhaften wagten, ist es gelungen, das unbelegte Gebiet zu erreichen.

Eine ganze Familie vernichtet. Der fürstliche Oberförster Bogler in Hoeritzfeldhausen bei Nordlingen erlitt in geistiger Umnachtung seine Frau, seine vier Kinder, von denen das jüngste 14 Tage alt war, und dann sich selbst. Bogler war als Oberleutnant im Kriege und hatte eine schwere Kopfverletzung davongetragen, die wohl die Ursache zu dieser Familienkatastrophe sein dürfte.

Neueste Meldungen.

Eine Wendung in der Friedensfrage?

Basel. Wie dem Mailänder „Secolo“ gemeldet wird, sind überraschenderweise alle vorbereitenden Maßnahmen, die für den Fall der Auktionsversteigerung des Friedensvertrages durch Deutschland von den Verbandsmächten getroffen wurden, plötzlich eingestellt worden. Marshall Foch ist nach Paris zurückgekehrt.

Der ewige Friedensschluß.

Bern. Amerikanische Blätter behaupten, daß man sich auf eine sehr lange Dauer der Friedenskonferenz gefaßt machen müsse, und daß die Konferenz kaum vor dem Herbst 1920 zu Ende gehen dürfte. Es seien ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, ehe die Entientendache unter einen Hut gebracht werden könnten. Deutschland kenne diese Schwierigkeiten und rechne damit.

Die Antwort des Diererrates.

Amsterdam. „Telegraaf“ meldet aus Paris, daß die Antwort des Rates der Vier auf die deutschen Gegenwortschläge noch vor Schluß der Woche festgesetzt wird.

Deutscher Protest in Versailles.

Verfaßt. Von der deutschen Reichsregierung ist gegen die Antriebe im Rheinland bei den Verbandsmächten förmlicher Protest erhoben und dem Diererrat bereits zugeleitet worden.

Fürsorge für abgesetzte Beamte.

Berlin. Für die von den Polen abgesetzten Beamten wird von der Regierung in ausreichender Weise Fürsorge getroffen werden.

Auch eine preussische Republik?

Berlin. Wie verlautet, sollen in Westpreußen Bestrebungen im Gange sein. Ostpreußen und Westpreußen bis zur Weichsel als selbständige Republik, vielleicht unter Präsidenschaft des Bischofs von Ermeland, entstehen zu lassen. Die Staatsregierung wird, wie man wohl annehmen kann, diesen hochverräterischen Plänen genau so energisch entgegenzutreten, wie denen im Rheinland. — Der des Hochherrats angelegte Staatsrat Dr. Dörten konnte bisher noch nicht aufgefunden werden.

Alle Anzeigen

amtlichen Bekanntmachungen und sonstigen Mitteilungen, die für die Sonnabend nachmittag erscheinende Pfingstnummer bestimmt sind, müssen möglichst

bis Freitag abend, kleinere bis Sonnabend vormittag 9 Uhr in unseren Händen sein.]

Wilsdruffer Tageblatt.

Die Pariser Arbeiterlandbewegung.

Genf. Aus Paris wird gemeldet, daß sich die in Ruß befindliche Lohnbewegung der französischen Arbeiterkraft zu einer politischen Demonstration allergrößten Stils auszuwachsen droht. An der getragenen Pariser Wörke gingen die Kurse der Renten und Industriepapiere kurzzeitig zurück, weil in unterrichteten Kreisen mit dem Ausbruch des alle Arbeiterkategorien umfassenden Generalstreiks als mit einer nicht mehr abwendenden Tatsache gerechnet wird. In den schweizerischen Wörken machte sich unter dem Eindruck der aus Paris eingehenden alarmierenden Nachrichten gleichfalls ein erheblicher Kursrückgang der französischen Papiere bemerkbar.

Verzinsung der russischen Sowjetrepublik.

Sankt. Nach Meldungen aus Petersburg liegt der Zusammenschluß aller russischen Sowjetrepubliken zu einem Schutz- und Trutzbündnis bevor.

Bombenanschläge in Amerika.

Amsterdam. Der Rempoorter Korrespondent der „Times“ berichtet über die Bombenanschläge in den Vereinigten Staaten, daß am 3. Juni morgens in neun verschiedenen Städten Explosionen stattfanden. Es handelt sich in sämtlichen Fällen um Anschläge auf Personen, die mit der Unterdrückung des Bolschewismus zu tun hatten. Die Personen, denen die Anschläge galten, wurden nicht verletzt.

Legte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Der Generalstreik in Italien.

Lugano, 5. Juni. (tu.) Der „Avanti“ meldet: Der Generalstreik greift von Neapel nach Rom über. Es finden dort große Protestkundgebungen unter Mitwirkung englischer Sozialisten gegen den Gewaltfrieden statt. Im Streikgebiet werden Truppen aller Waffengattungen zusammengezogen, worüber die Bevölkerung äußerst beunruhigt ist.

Die Streikwelle in Frankreich flutet weiter.

Verailles, 5. Juni. (tu.) Das Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt. Die Zeitungsdrucker streiken seit Mittwoch abend. In den Elektrizitätswerken wird ebenfalls über den Streikbeschuß beraten. Auch in der chemischen Industrie droht ein Streik.

Drohung mit dem Generalstreik.

Braunschweig, 5. Juni. (tu.) In einer Versammlung der Betriebsleiter der Gewerkschaftsverbände wurde eine Entschlieung gefaßt, in der die sofortige Entfernung der Regierungstruppen und die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt wird, andernfalls ein neuer Generalstreik oder passive Resistenz der Arbeiterschaft die Regierung dazu zwingen würde.

Empörung über das Todesurteil gegen Levine.

Berlin, 5. Juni. (tu.) Der bayerischen Regierung hat der große Berliner Volksrat folgendes Telegramm gefaßt: Die Berliner Arbeiterschaft ist tief empört über das Todesurteil gegen Levine. In den bedeutendsten großen Betrieben besteht der feste Wille, die Arbeit niederzulegen, falls das Todesurteil vollstreckt werden sollte. Das kann zur Folge haben, daß weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft zu diesem Entschlusse greifen werden. Um das deutsche Wirtschaftsleben vor der erneuten, vielleicht tödbringenden Erschütterung zu bewahren, fordern wir, daß die bayerische Regierung dafür sorgt, daß das Schreckensurteil nicht vollstreckt wird.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, 5. Juni 1919.

Die Jahresversammlung des Zweigvereins Wilsdruff der evangel. Gustav-Adolf-Stiftung fand am Mittwoch nachmittag im Gasthof zum Adler statt. In einer Ansprache des Vorstehenden, Herrn Pfarrer Wolke, wurde eingehend die große Not geschildert, die durch den Krieg über alle Diasporagemeinden hereingebrochen ist. Daran anknüpfend, schloß sich die Begrüßung der zahlreich erschienenen Anwesenden. Hieran wurde nach zumeist eingehender Besprechung folgendes erledigt: Am den schon im Tageblatt erschienenen Jahresbericht 1918 allen Mitgliedern und Freunden der Gustav-Adolf-Sache übermitteln zu können, wird beschlossen, denselben in einer Auflage von 2000 Stück drucken zu lassen. Vorträge am Unterhaltungsabend sind zahlreich aus Böhmen und von je einer westfälischen und oberösterreichischen Gemeinde eingegangen, außerdem liegt noch ein Dankschreiben der Gemeinde Eger mit damit verbundeneinem Vorträge am Unterhaltungsabend vor. Die Entschlieung zum Beitritt zum kirchlichen Laienbund, von dem eine diesbezügliche Zuschrift zur Verlesung gelangt, soll jeder einzelnen Kirchengemeinde überlassen bleiben. An Unterhaltungsabend bewilligt man der Gemeinde Eger das 1. Drittel der Jahreseinnahme, während für das 2. Drittel dem Hauptverein Weipert vorgeschlagen wird. Zur Hauptversammlung in Dippoldiswalde werden als Abgeordnete des Wilsdruffer Vereins ernannt die Herren Pfarrer Heubel-Taubenheim, Kirchschullehrer Kory-Sora, Apotheker Tschafschel-Wilsdruff

und Guttsbesitzer Hugel-Lampersdorf. Das Jahresfest des hiesigen Vereins soll am 20. Juli in Grumbach abgehalten werden. Zum Kassierer wurde einstimmig Herr Apotheker Tschafschel wiedergewählt. Die von ihm vortragene Jahresrechnung zeigt eine Einnahme von 1607,77 Mk., eine Ausgabe von 1256,83 Mk. und einen Bestand von 350,94 Mk. Der gesamte Vermögensbestand beträgt gegenwärtig 810,43 Mk. Einstimmig wird noch beschlossen, den zur Teilnahme an der Jahreshauptversammlung vorgeschlagenen Deputierten eine Entschädigung aus Vereinsmitteln zu gewähren, der Hauptversammlung in Dippoldiswalde 100 Mk. zur Abgabe an eine besonders notdürftige Gemeinde einzuhandigen, eine Hauskollekte auch in diesem Jahre zu veranstalten und einen Vermögensstock in Höhe von 500 Mk. zu gründen. Mit gemeinsamem Gebet fand die in jeder Weise anregende Versammlung ihren Abschluß.

Der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands, Ortsgruppe Wilsdruff, hatte für Mittwoch abend zu einer Versammlung aller Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen usw. nach dem „Weißer Adler“ eingeladen. Herr Korbmachermeister Breuer begrüßte die Erschienenen und bedauerte den schwachen Besuch seitens der Kriegervitwen und besonders das Fehlen eines Vertreters der Stadtbehörde. Dann sprach Herr Grumpelt-Dresden in fesselnder Weise über „Zweck und Ziel der Hinterbliebenenorganisation“ und betonte, daß nur eine straffe Organisation aller Kriegervitwen und Hinterbliebenen deren gerechte Forderungen erkämpfen kann. Seine treffenden Ausführungen fanden reichen Beifall und führten zur Gründung einer Ortsgruppe Hinterbliebener Wilsdruff und Umg., als deren 1. Vorsitzende Frau Richter, 2. Vorsitzende Frau Wagner, 1. Schriftführerin Frau Kühne, 2. Schriftführerin Frau Lange, Kassiererin Frau Kirsche, als deren Stellv. Frau Kirsche gewählt wurden. Als Beisitzer aus den Reihen der Kriegsbeschädigten fungieren die Herren Breuer, Dießch und Kampfer. Sämtliche anwesenden Kriegervitwen schlossen sich der Ortsgruppe an.

Das neue sächsische Gesetz über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, Bezirks- und Kreisaußschüssen sieht die sofortige Auslösung dieser Körperschaften vor und ihre Neuwahl innerhalb drei Monaten. Die Bezirksversammlung soll künftig bestehen aus dem Amtshauptmann und 40 nach der Verhältniswahl gewählten Vertretern der im Bezirke gelegenen Gemeinden und Gutsbezirke. Wählbar sind alle über 20 Jahre alten Personen, die seit mindestens einem Jahre im Bezirk ihren Wohnsitz haben. Die Verhältniswahl erfordert die Bildung von Wahlkreisen, in denen mehrere Abgeordnete zu wählen sind. Deren Mindestzahl setzt der Entwurf mit drei fest. Jeder Gemeinde eigene Abgeordnete in die Bezirksversammlungen zu gewähren, würde nach der Begründung zum Befehlswort unbrauchbar sein, denn die Zahl der Bezirksgemeinden ist in den meisten Bezirken zu groß. Der Meißner Bezirk zählt z. B. nicht weniger als 267 Bezirksgemeinden. In Gemeinden, die einen eigenen Wahlkreis bilden, soll die Wahl durch die Gemeindevorsteher erfolgen. Für die Wahlen zum Bezirksauschuß und Kreisauschuß kann von der geheimen und Verhältniswahl abgesehen werden.

Zusammenschluß der sächsischen Möbelindustrie. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse haben zu einem Zusammenschluß der sächsischen Möbelindustrie geführt. Am 31. Mai fand zu Dresden eine Versammlung der beteiligten Kreise statt. Hr. Dr. Schöllmer berichtete in einem längeren Referat über die Maßnahmen, die in dieser Richtung vorgeschlagen wurden. Auf Grund des Referates wurde beschlossen, den Verband sächsischer Möbelfabrikanten, der bisher vornehmlich Betriebe der Weißmöbelbranche umfaßte, auf die gesamte Möbelindustrie auszudehnen. Es wurden zugleich Fachgruppen für die Fabrikationszweige der echten Möbel, der weißen Möbel und der Bautischlereien gebildet. Der vorgelegte Satzungsentwurf fand einstimmige Annahme.

Auf zum Turnen! Wer die Fauberkraft des Turnens kennt, weiß, daß dieses ablenkt von den Alltagsorgen. Mancher, der abgestumpft und griesgrämig den Turnplatz betrat, hat ihn nach fröhlichem Turnen heiter und frohgemut verlassen. Viele, die da glaubten, daß Kriegsdienst und schlechte Ernährung ihre Kräfte auf ein Mindestmaß gedrückt hätten, werden nach einigen Übungsstunden erkennen, wie die Kräfte und Gewandtheit wiedertehren. Diese Wirkungen halten auch im Berufsleben nach, und so ist das Turnen mit dazu geeignet, der Wiedererneuerung der Volkskraft zu dienen. Darum, auf zum Turnen in die hiesigen Turnvereine!

Landarbeiterfreie. Der Zustand der Arbeiter auf dem Kammergut Zella hat sich auch auf das demselben zugehörige Vorwerk Kammersheim erstreckt; es sind hier 30 Arbeiter ausständig. Ferner streiken seit Montag morgen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rittergüter Augustusberg, Hirschfeld, Wendischbora, Nieder- und Oberreisberg. Die Bewegung, bei der auf den benannten Rittergütern einige hundert Leute in Frage kommen, zielt auf den allgemeinen Landarbeiterfreie hin. In Zella ist es gestern morgen zwischen den Streikenden, einigen Arbeitswilligen und dem Inspektor des Kammergutes zu Tätlichkeiten gekommen. Es ist um Schutz der wenigen Arbeitswilligen, die das Vieh versorgen, bei der Gendarmerie nachgeholt worden. Die Landarbeiter fordern einen 100%igen Lohnaufschlag. Mit den bisherigen, den heutigen Verhältnissen angemessen, allerdings sehr niedrigen Stundenlohnsätzen von 60 Pfg. für männliche und 35 Pfg. für weibliche Arbeiter begnügen sie sich nicht weiter. Es ist von größter Wichtigkeit hinsichtlich der Lebensmittellieferung, der Feldbestellung und der kommenden Ernte, daß auf schleunigste Beendigung des Streiks hingearbeitet wird.

Gefährdung der Schätze im Dresdner Grünen Gewölbe? Nach umlaufenden Gerüchten sollen von den weltberühmten Schätzen im Dresdner Grünen Gewölbe Abgänge zu verzeichnen sein, insbesondere seien wertvolle Brillanten durch Imitationen usw. ersetzt worden. Auch Bestechungsgelder sollen dabei eine Rolle gespielt haben. Die Bestätigung dieser großen Aufsehen erregenden Meldung war bis zur Stunde noch nicht zu erlangen. Eine Aufklärung von zuständiger Stelle erscheint in Interesse der hohen Werte, die im Grünen Gewölbe untergebracht

find, dringend geboten. Das Grüne Gewölbe ist infolge der unsicheren Lage schon seit der Revolution geschlossen, auch Führungen haben nicht mehr stattgefunden. Kg.

— Was jetzt mit „Kognat“ verdient wird. Die Deutsche Kognatbrennerei vorm. Gruner u. Co. in Siegmars hatte im Jahre 1918 einen Reingewinn von 971252 Mark. Es fallen davon 610000 Mark für Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt und 25 vom Hundert Dividende gezahlt werden!

— Die größte aller Mustermessen. Trotz der Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr infolge des Kohlenmangels und trotz der Unstimmigkeiten zwischen Regierung und Arbeiterrat in Leipzig, die es fraglich gemacht hatten, ob die diesjährige Frühjahrsmesse sich ungehindert und erfolgreich abwickeln würde, erreichte der Besuch fast denjenigen der vorhergehenden Herbstmesse mit ihren 100000 auswärtigen Geschäftsleuten. Das Messamt hat, wie die „Leipziger Mustermesse“ mitteilt, Messabzeichen an rund 30000 Aussteller und an 65700 Einkäufer abgegeben, sodas der Gesamtbesuch, ohne die zahlreichen Vertreter der Presse, der Wissenschaft und Kunst, der Behörden und Vereinigungen usw., auf rund 94000 Geschäftsleute angeätzt werden kann. Das neutrale Ausland war doppelt so stark vertreten wie zur letzten Herbstmesse. Die Zahl der Ausstellerfirmen betrug insgesamt 8325, gegen 5476 zur letzten Herbstmesse und 3681 zur Frühjahrsmesse 1918. Damit ist die bisher höchste Zahl aller Mustermessen in Leipzig sowie aller anderen Messen im In- und Auslande weit überschritten. Gegenüber der letzten Friedensmesse mit ihren 4215 Ausstellerfirmen bedeutet das fast eine Verdoppelung.

— Der erste sozialdemokratische Geheimrat in Sachsen. Die sächsische Regierung hat dem bisherigen Beigeordneten im Arbeits- und Wirtschaftsministerium Magnus Haack die Stelle eines Vortragenden Rates im Arbeitsministerium unter Beilegung der Dienstbezeichnung Geh. Regierungsrat übertragen. Haack ist 1869 in Glauchau geboren, besuchte die Volksschule in Dresden und erlernte das Gelbgießerhandwerk. Seit 1888 ist er in der gewerkschaftlichen Bewegung tätig.

— Sächsisches Staatsschuldbuch. Eingetragen waren Ende Mai 1919: 8386 Konten im Gesamtbetrag von 227062000 Mark.

— Burghardswalde. Nach umfangreicher Vorarbeit, die vom Mittwoch-Berein in die Wege geleitet worden war, konnte am 2. Juni ein großzügiges Unternehmen aus der Taufe gehoben werden. Die Hoffnung auf Einfuhr

billiger Kraftfuttermittel ist gering. Deshalb haben sich Männer aus Burghardswalde und Umgebung vereinigt, um eine Anlage zu schaffen, die selbsthergestellte Futtermittel vor dem Verderben schützen soll. Da die Trocknerlei den gestellten Ansprüchen am nächsten kommt, wurde beschlossen, eine Gesellschaft zu gründen, die den Bau und Betrieb der Trocknerlei übernehmen soll. Am Montag wurde die Gründung vollzogen. Das neue Unternehmen trägt nachfolgende Firma: Trocknungsgesellschaft m. b. H. in Burghardswalde. In nächster Zeit wird eine Trocknungsanlage gebaut werden, sodas der Betrieb baldmöglichst beginnen kann. Da die Gesellschaft auch Lohntrocknerlei auszuführen gedenkt, wird sie bald im weiten Umkreise Freunde besitzen. Zu Geschäftsführern sind die Herren Gutschel, Döring und Hamann, beide in Burghardswalde, gewählt worden, die gern jede gewünschte Auskunft erteilen. Wir wünschen dem Unternehmen bestes Gelingen.

— Tharandt. Herr Gemeindevorstand Lorenz in Cosselbaude hat die auf ihn gefallene Wahl zum Bürgermeister von Tharandt abgelehnt. Der Stadgemeinderat hat deshalb am Dienstag Herrn Kassierer Lindner gewählt, welcher die Wahl annimmt.

— Bischof. Der Doppelmord an dem Ehepaar Fröbel hat sich bezüglich der Täterschaft bisher noch nicht auflären lassen. Im Verdacht steht jener Unbekannte, den der Bäckerjunge kurz vor der Mordtat in der Fröbelschen Wohnung gesehen hat, als er Brot abliefern wollte. Die Persönlichkeiten dieses Unbekannten haben sich noch nicht feststellen lassen. Das ermordete Ehepaar ist inzwischen auf dem Friedhof in Taubenheim bei Meißen beerdigt worden.

— Meissen. Die ersten Erdbeeren konnten aus Klugmanns Weinbergen im Raubental geerntet werden und kommen ab heute bei Metzger, Bahnhofstraße zum Verkauf.

Sächsische Volkskammer.

39. Sitzung am 4. Juni 1919.

Die Kammer beschäftigte sich in der heutigen Sitzung zuerst mit dem schriftlichen Bericht des Gesetgebungs Ausschusses über den Gesetzentwurf zu den Wahlen für die Gemeindeverwaltung. Als Berichterstatter empfahl Abg. Blüher (D.V.P.) die Vorlage in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen. Abg. Roth (Dem.) beklagte, das es jetzt infolge der hermetischen Abschließung der Sozialdemokraten von der Gemeindeverwaltung unter der früheren Regierung an genügenden Kräften fehle. Hierauf

beantragte Abg. Beutler (D.V.), die Wählbarkeit nur volljährigen Personen einzuräumen und kritisierte den Umstand, den Gemeindeverordneten für die Dienste Aufwandsentschädigungen zu gewähren. Nachdem Vizepräsident Kipinski (Unabh.) seine Zustimmung zu der Vorlage abgegeben hatte, trat Minister Uhlig den Ausführungen des Abg. Beutler entgegen. Diesen Ausführungen stimmte Abg. Möller (Soj.) zu und wandte sich ebenfalls gegen den Abg. Beutler. Hierauf wurde der Gesetzentwurf von der Kammer angenommen und der Antrag Beutler abgelehnt. Dann wurde über eine Interpellation der Unabhängigen zu den Wahlen des Leipziger Arbeiterrates verhandelt, die Abg. Liebmann (Unabh.) begründete.

Eingelandt.

Für diese Rubrik übernehmen wir nur die prägnantesten Verantwortungen.

Un allen öffentlichen Arbeiten und Ereignissen nimmt das Publikum regen Anteil. Ich habe mich aber oft darüber gewundert, warum es nicht auch im stillen mitwirkend die Jugend zum Lesen zu erziehen und, auf diesem Wege anfangend, die Schundliteratur zu belämpfen, die noch immer die Hintertreppen hinauf in die Küchen gelangt und bei vielen Familien der verschiedensten Stände noch immer Eingang und Aufnahme findet. Man lächelt vielleicht noch hier und da über die sogenannte „gebildete Köchin“, aber mit wäre diese doch lieber als die moderne Köchin mit dem schwingenden Federhut und der sehr, sehr geringen Elementarbildung. Lesen bildet, das ist unstreitig. Wer guten Lesestoff genießt, kann durch Lesen seine Sprache verbessern, die Schreibfehler vermeiden und obenin auch was lernen. Aber der Lesestoff muß gut sein. Ich lasse meine Familie die vorzüglichen „Buch-Romane“ lesen und habe auch meine Verwandten ermuntert, dasselbe zu tun. Diese prächtigen und billigen Bände haben uns schon viel Freude und viele schöne Stunden bereitet; vor allem mir aber viel Genugtuung, daß meine Wahl auf den „Buch-Roman“ gefallen ist. Ich möchte dies hier öffentlich betonen, vielleicht ist noch mancher der Leser dieser Zeitung auch des Willens, etwas Passendes für seine Familie auszuwählen. Dann möchte ihm dies ein Hinweis sein. Bn.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schunk in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Schunk, beide in Wilsdruff.

Zahnpraxis Stadt Dresden

Vom 7. bis 12. Juni verreist.

Ernst Hartmann, Dentist, Wilsdruff.

Tanz-Kursus, Gasthof zu Taubenheim.

Beginn 5. Juni 1919. Honorar 25 M. bei Vorauszahlung. Johanna Reuß, Lehrerin für Tanz. Ausgebildet von Herrn Dir. Henker in Dresden.

Ostfries. u. Oldenburger Kühe und Kalben

(Beste Qualität) hochtragend und frischmelkend, sowie eine Auswahl (100 Stk.) Ostfriesische Milchschafstämmer zu billigsten Preisen bei mir zum Verkauf. Ankaufsbefcheinigung ist für Kühe und Stämmer vorzulegen.

Hainsberg. E. Kästner. Güterbahnhofstraße 2. Fernsprecher: Amt Deuben 296.

Leimversorgung für Juli, August, September.

Anträge auf Bezugsschein sind spätestens bis 12. Juni einzugeben. Formulare sind beim Unterzeichneten zu entnehmen.

Robert Geißler, Tischlermeister.

Ein frischer Transport hochtragender und abgekalbter **Kühe** ist heute eingetroffen und stellen wir denselben von Freitag den 6. Juni ab zum Verkauf.

Kesselsdorf, Gebr. Ferch, am Bahnhof. — Fernsprecher Amt Wilsdruff Nr. 471.

Preiswerter **Bettuchbarchent** grau Eduard Wehner Markt

Pa. **Sultania-Rosinen** allerfeinste Mandel- und Vanille-Essen; empfiehlt Paul Bauer am Markt.

Eine **Ziege** wird zu kaufen gesucht. Klipphausen 43.

Ein **Rollwagen** ist zu verkaufen bei Schmiedemstr. Nagel Schubert Grumbach.

Guterhalt. **Bandsäge** 800 mm Rollendurchmesser, sowie scharfen, reinen Bauhand verkauft Baumstr. Richard Schürich, Wilsdruff. — Fernspr. 511.

Jüngerer, ehrliches **Mädchen**, welches zu Hause schlafen kann, oder **Aufwartung** für einige Stunden gesucht. Rest. Stadt Dresden.

Suche **Beteiligung oder Kauf** Möbelfabrikerei u. Stuhlfabr. oder leerstehende Räume oder Bauplag. Angeb. u. 4014 an die Geschäftsst. d. Bl. erbet.

Verein **Heimatdank** der Amtshauptmannschaft Meissen. Anmeldungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle bei der Amtshauptmannschaft, die Vertrauensmänner des Vereins u. d. Gemeindevorstände des Bezirkes. Jahresbeitrag mindestl. 1 Mk., juristische Personen u. Vereine ohne Rechtsfähigkeit mindestens 10 Mk. :-

Zum **Garten- u. Wiesenmähen** empfehlen sich einige kräftige Männer. Gefl. Ang. u. 3973 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb. Ein kleiner **Posten alte Dachziegel** ist zu verkaufen Grumbach Nr. 4.

Großes Lager in **Einkochapparaten** Einkochgläsern — Einmachhasen Einlegetöpfen — Gummiringen Glasöffnern usw. Preislisten auf gefl. Wunsch. — Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. **Arthur Donath, Dresden-A.** Dippoldswaldaer Platz.

Wichtig für die Landwirtschaft! Da die Behörde sämtlichen Treibriemenfabriken nur 5 Prozent Leder der Jahresproduktion 1913 zuteilen kann, ist jetzt ein rechtzeitiges **Zustandsehen der reparaturbedürftigen Treibriemen** angebracht. Bei Ausbesserungen können bis zu 3 Meter neues Leder ohne Bezugsschein abgegeben werden. **Neue Treibriemen** sowie Nähriemen gegen Bezugsschein zurzeit ebenfalls lieferbar. **Bruno Bretschneider.**

Wir kaufen **rein. Bienenwachs** in jeder Menge zum Höchstpreis. Gest. Angebote erbittet **Deutsche Kollolithplattenfabrik, Otto Sening & Co., G. m. b. H., Pötschappel bei Dresden.**

Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung. Freitag den 6. Juni früh 7 bis 10 Uhr bei Schmidt Seefischverkauf. Nr. 171 bis 208 Abschnitt 14, Nr. 1 bis 77 Abschnitt 16 Rückseite der gelben Karten. Nach 10 Uhr freier Verkauf. **Kesselsdorf, am 5. Juni 1919.** Der Ernährungsaussch.

Der Verein Heimatdank will aus allen Kreisen des Volkes diejenigen, die für unsere Kriegsbeschädigten mit arbeiten und mit opfern wollen, zusammenfassen, damit sie sich vereint dieser Fürsorge widmen und deren Kosten nach Kräften tragen.